

**Bestellungen**  
 nehmen an alle Postämter und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

**Post-Expeditionen.**  
 New-York: Geo. Demer, Broadway, 134 Eldridge Str.  
 Philadelphia: W. G. 420 North 3rd Street.  
 J. G. 1129 Charlotte Str.  
 Boston: N. J. G. H. Gorge, 215 Washington Str.  
 Chicago: W. Danfmann, 74 Clybourne Str.  
 San Francisco: J. G. 428 O'Farrell Str.  
 London: W. G. 8 New St. Golden Square.

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 128.

Mittwoch, 31. Oktober.

1877.

## Abonnements auf den „Vorwärts“

für die Monate November u. Dezember zu 1,10 M. werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unfern Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für **Falkenau**, **Reudnitz**, **Meuschönfeld** u. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Sonnenitz** u. bei Hader, Kurze Str. 10 part., für **Aleinschöcher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Hschan, 15 I, für **Flagwitz-Lindenu** bei Frau Gräfenstein, Arelienstr. 3, für **Schöftitz** u. bei A. Hermisdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abgemittelt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

## Herr Professor Dr. Schäffle

repliziert in der dritten Auflage seiner Schrift: „Die Quintessenz des Sozialismus“ auf meine Bemerkungen über seine Auffassung der Marx'schen Werththeorie und wird es zu weiterer Verständigung notwendig, hier nochmals auf den streitigen Punkt zurückzukommen.

Zuerst muß ich auf eine kleine, aber bedeutungsvolle Abänderung aufmerksam machen, welche in der 3. Auflage stattgefunden hat. In den früheren Auflagen schloß Herr Professor Dr. Schäffle das 6. Kapitel mit den Worten: „Der Sozialismus muß diesen von seinen Theoretikern arg mißachteten Punkt am ehesten zu berichtigen suchen; vorher läßt sich mit ihm doch kaum eine Diskussion von praktischer Bedeutung anknüpfen.“ In der neuesten Auflage sind die vorstehend gesperrt gedruckten Worte fortgelassen, und dürfte daraus zu folgern sein, daß mein Herr Gegner einerseits die behauptete Mißachtung des fraglichen Punktes nicht mehr für so „arg“ hält und daß er andererseits nicht mehr gewillt ist, einer Diskussion jede praktische Bedeutung abzuspüren. Das ist meines Erachtens ein bedeutender Schritt zu weiterer Verständigung, den ich mit Vergnügen hier acceptire.

Als Anmerkung zu dem vorstehend citirten und gegen früher corrigirten Satz, in welchem also eine Correctur der Werththeorie verlangt wird, schreibt Herr Dr. Schäffle:

„Dies thut Herr Schramm im „Vorwärts“ 1877 Nr. 61 und 62 in einer sachlich gehaltenen Polemik gegen die Quintessenz des Sozialismus. Er giebt nämlich dem Marx'schen Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ eine Deutung, welche in dem Begriff des „gesellschaftlich notwendigen“ das unterbringt, was ich den Gebrauchswert nenne. An und für sich habe ich gegen diese Auslegung Nichts einzuwenden, da sie die von mir betonte notwendige Mitbestimmung des Tauschwerthes durch wechselnden Bedarf wenigstens prinzipiell zur Geltung kommen läßt. Doch muß ich zwei Gegenbemerkungen mir erlauben. Einmal, daß ich meine Auffassung des Marx'schen Begriffs der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ immer noch nicht für unrichtig halten kann, denn Marx erklärt Güter, welche gleich große Arbeitsquantia enthalten, oder in derselben Arbeitszeit hergestellt werden können, tauschwerthgleich. Sodann habe ich zu bemerken, daß, wenn Herr Marx die Schramm'sche Auslegung billigen würde, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als praktischer Anhaltspunkt der Tarbestimmung unbrauchbar werden würde und zwar durch die Hineinziehung des ganz selbständigen zweiten Moments der Tauschwerthbestimmung, des sozialen Gebrauchswertes nämlich, in die gesellschaftliche Arbeitslohngröße. Ich möchte daher zweifeln, ob Marx die seiner Werththeorie gegebene Auslegung anerkennen wird und bleibe für mich selbst dabei, daß gesellschaftliche Arbeitskosten und gesellschaftlicher Bedarf beide selbständig und ohne vermengende Ineinanderziehung zur Tauschwerthbestimmung in jeder Epoche der Volkswirtschaft herangezogen werden müssen.“

Herr Dr. Schäffle meint also, daß meine Auffassung der dem Sinne dieser Theorie nicht entspreche, daß man aber gegen die Marx'sche Theorie in dieser Auffassung Einwendungen durchschlagender Art nicht wohl erheben könne. Ich acceptire dies Zugeständniß mit Freuden, muß aber darauf hinweisen, daß dieselbe Auffassung der Marx'schen Werththeorie, welche ich gegen Hrn. Dr. Schäffle zur Geltung gebracht habe, schon in den von mir im Jahre 1874 geschriebenen, im „Volkstaat“ veröffentlichten Aufsätzen enthalten ist. Eine Correctur meiner Ansichten hat also nicht stattgefunden, war auch vollständig unnöthig, da ich noch heute der Meinung bin, daß ich Marx richtig verstanden habe.

Ich gestehe aber gern zu, daß die exclusive Art und Weise, in welcher Marx den Tauschwerth immer nur an beliebig vertheilbaren Gütern demonstirt, zu der irrthümlichen Auffassung Veranlassung gegeben hat, welche nicht nur Herr Dr. Schäffle, sondern sogar verschiedene Parteigenossen von der Marx'schen Theorie haben. Behauptet doch sogar die sozialistische „Zukunft“ pag. 94, daß die von mir vertretene Auslegung eine der Marx'schen Theorie fremde sei!

Diesen Anschauungen gegenüber muß ich immer wieder betonen, daß es Marx in dem vorliegenden Theile seines Wertes in der Hauptsache darum zu thun war, die Entstehung des Mehrwerthes klar zu legen und daß es aus diesem Grunde geboten erschien, alle die Entstehung des Mehrwerthes verdunkeln-

den Nebenumstände vorläufig unbeachtet zu lassen. Wer Marx eingehend studirt, wird die Ueberzeugung gewinnen, daß meine Auffassung in dieser Hinsicht richtig ist.

Zu der 1859 bei Duncker erschienenen Schrift: „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ entwickelt Marx den Plan zu seinem Werke und verspricht dabei die Lösung folgender Probleme:

Erstens: Wenn die Arbeitszeit das Maß des Tauschwerthes ist, wie läßt sich auf dieser Grundlage die Höhe des Arbeitslohnes entwickeln?

Zweitens: Wie führt Produktion auf der Basis des durch bloße Arbeitszeit bestimmten Tauschwerthes zu dem Resultat, daß der Tauschwerth der Arbeit kleiner ist, als der Tauschwerth ihres Productes?

Diese beiden Probleme haben in dem vorliegenden ersten Bande des Kapitals ihre Lösung erhalten; man wird einsehen, daß hierzu ein weiteres Eingehen auf Nebenumstände bei Definition des Tauschwerthes nicht notwendig war.

Drittens: Der Marktpreis fällt unter oder steigt über den Tauschwerth mit dem wachsenden Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Wie kann auf Grundlage des Tauschwerthes ein von ihm verschiedener Marktpreis entstehen? — Die Lösung dieses Problems liegt in der — von Marx noch nicht entwickelten Lehre von der Concurrenz.

Viertens: Wenn der Tauschwerth nichts ist, als die in einer Waare enthaltene Arbeitszeit, wie können Waaren, die keine Arbeit enthalten, Tauschwerth besitzen, oder in anderen Worten: Woher der Tauschwerth bloßer Naturkräfte? Dieses Problem soll bei der Lehre von der Grundrente gelöst werden.

Aus diesem Plan geht mir zweifelsohne hervor, daß Marx die durch den gesellschaftlichen Bedarf an Gütern — bei deren Erzeugung der Naturfaktor eine besondere Rolle spielt — entstehende Werthsteigerung entweder nur als eine durch Concurrenz-Verhältnisse entstehende Preissteigerung ansehen und erklären oder aber auch hier ein abgeleitetes Werthverhältnis nachweisen wird, wie er es bei dem Werth von Grund und Boden andeutet, bei dem Werth der zur Waare gewordenen Arbeitskraft bereits nachgewiesen hat. In beiden Fällen kann und wird dem von Hrn. Dr. Schäffle geforderten „gesellschaftlichen Bedarf“ vollkommene Rechnung getragen werden, da ja bei der Lösung der letzten beiden Probleme der Einfluß der Nachfrage ebenso wie die Wirksamkeit des Naturfaktors zur Besprechung und Erläuterung kommen muß.

Die Auslegung, welche ich der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ gegeben habe, basiert aber nicht nur auf den vorstehenden Erwägungen, sondern auf einer Stelle in der oben citirten Marx'schen Schrift, in welcher Marx selbst diese Definition hervorhebt. Er schreibt dort pag. 39:

„In direkter Polemik mit Ricardo betonte Sismondi sowohl den spezifisch gesellschaftlichen Charakter der Tauschwerth setzenden Arbeit, wie er es als „Charakter unseres ökonomischen Fortschritts“ bezeichnet, die Werthgröße auf notwendige Arbeitszeit zu reduzieren, auf „das Verhältnis zwischen dem Bedürfnis der ganzen Gesellschaft und der Quantität Arbeit, die hinreicht, das Bedürfnis zu befriedigen“.

Da Marx diesen Satz in einem Kapitel citirt, welches er „Historisches zur Analyse der Waare“ betitelt, da dies Citat gebracht wird, nachdem unmittelbar vorher die Werththeorie entwickelt und dabei der Ausdruck „notwendige Arbeitszeit“ gebraucht worden ist, glaube ich annehmen zu dürfen, daß Marx mit dem Wort „notwendig“ denselben Sinn verbindet, den er im Einverständnis mit Sismondi als einen ökonomischen Fortschritt bezeichnet.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Herr Dr. Schäffle nach Kenntnisaufnahme von dieser Stelle meine Auffassung als berechtigt anerkennen und zugestehen wird, daß die Marx'sche Werththeorie Genüge leistet.

Herr Dr. Schäffle begnügt sich aber nicht mit der Richtigkeit der Theorie, er verlangt vielmehr, daß dieselbe „als praktischer Anhaltspunkt für die Tarbestimmung brauchbar“ sein solle, er verlangt mit anderen Worten, daß sich aus der Werththeorie dasjenige entwickeln solle, was er in seinem „Gesellschaftlichen System der menschlichen Wirtschaft“ den natürlichen Tauschwerth nennt und was ich den Durchschnittspreis nennen möchte. Herr Dr. Schäffle hängt also noch immer an der Meinung, daß Marx mit seiner Werththeorie einen „Vertheilungsplan“ habe ausarbeiten wollen, und dokumentirt damit — mit Verlaub — eine durchaus falsche Vorstellung von den Motiven, die Marx bei seinen wissenschaftlichen Arbeiten geleitet haben. Es dreht sich Hrn. Marx nicht darum, Zukunftspläne auszuarbeiten, er will nur durch rückhaltlose Kritik des Bestehenden Erkenntniß der Fehler und Mängel unserer gesellschaftlichen Zustände verbreiten. Das war schon sein Wunsch und Wille bei Begründung der deutsch-französischen Jahrbücher und es ist mir undenkbar, daß ein so zäher und unbegleiteter Charakter wie Marx von dem einmal für notwendig und zweckmäßig Erkannten abgegangen sein solle. Was Marx will, sagt er offen in der Einleitung zu den oben genannten Jahrbüchern in seinem Briefe vom September 1843:

„Ich bin nicht dafür, daß wir eine dogmatische Fahne aufpflanzen, im Gegentheil! Wir müssen den Dogmatikern nachzusehen suchen, daß sie ihre Sätze klar machen. So ist namentlich auch der Communismus eine dogmatische Abstraktion, wobei ich aber nicht irgend einen eingebildeten und möglichen, sondern den wirklich existirenden Communismus, wie ihn Cabot, Dezamy, Weitling u. lehren, im Sinne habe. Dieser Communismus ist selbst nur eine Aparte, von seinem Gegensatz, dem Privat-Eigenthum insizirte Erscheinung des humanistischen Prinzips. Aufhebung des Privat-Eigenthums und Communismus

sind daher keineswegs identisch und der Communismus hat andere sozialistische Lehren, wie die von Fourier, Broudhon u. nicht zufällig, sondern notwendig sich gegenüber entziehen sehen, weil er selbst nur eine besondere, einheitliche Verwirklichung des sozialistischen Prinzips ist.“

„Und das ganze sozialistische Prinzip ist wieder nur die eine Seite, welche die Realität des wahren, menschlichen Wesens betrifft. Wir haben uns ebensogut um die andere Seite, um die theoretische Existenz des Menschen zu kümmern, also Religion, Wissenschaft u. zum Gegenstand unserer Kritik zu machen.“

„Wir treten nicht der Welt doktrinar mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln nur der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: Laß ab von Deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen Dir die wahre Parole des Kampfes zusprechen! Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will.“

Vergleicht man die in diesen Zeilen ausgesprochene Ansicht mit der Vorrede zu dem „Kapital“, so findet man in beiden Schriftstücken nur das Bestreben, Kritik zu üben, wie sich denn auch die beiden Werke von Marx schon in dem Titel als Kritik vorstellen. Ich kann Hrn. Dr. Schäffle gegenüber also nur wiederholen und glaube dies im Einverständnis mit allen Parteigenossen zu thun, daß der Sozialismus in der Marx'schen Werththeorie keinen Vertheilungsmaßstab sucht oder erblickt.

Für mich persönlich möchte ich hier bemerken, daß ich mit Hrn. Dr. Schäffle's Ansicht vollständig übereinstimme, wo er von der für die Vertheilung des Arbeitsvertrages notwendigen „Tauschwerthbestimmung“ spricht; die von ihm in dem „Gesellschaftlichen System“ in dem Kapitel über „Die Feststellung des Tauschwerthes“ entwickelte Ansicht von dem natürlichen Tauschwerth scheint mir — wenn ich statt Werth — „Preis“ setze — durchaus zutreffend zu sein und würde sich meines Erachtens auch als zweckentsprechender Vertheilungsmodus gebrauchen lassen, wenn der Communismus in ausgedehntem Maße eingeführt und die produktive Arbeit föderalistisch-genossenschaftlich organisiert wäre.

U. A. Schramm.

## Die Motive des Sozialismus.

Ein Wort wider „christliche“ Beschuldigungen“ von F. R. (Schluß.)

Ernsthaft denkende Männer muß dies doch stußen machen. Es muß Entsetzen erregen, wenn wir sehen, daß die Organisation unserer Gesellschaft nur besteht auf Kosten der materiellen Sklaverei der ungeheuren Mehrzahl, um den Preis der Prostitution einer furchtbaren Masse sittlicher Persönlichkeit? Das ist's, Herr Pfarrer, was uns Sozialisten bewegt; hier entspringen unsere „unlauteren Motive“. Habsucht, Neid, Klassenhaß, Genußsucht. Fühlen Sie nicht einen leisen Hauch von Wölfe in ihrem Anlitze, wenn Sie diese Wahrheit und Ihren Vorwurf vergleichen?

Denn auch Sie sehen ein, daß nicht alles richtig steht in der gegenwärtigen Welt. Auf allen geistlichen Conferenzen steht jetzt die soziale Frage auf der Tagesordnung; oft wird der herrschende Nothstand anerkannt; vielfach beklagt man die Ansammlung von horrenden Kapitalien in wenigen Händen, während die Menge darbt, und ziemlich allgemein ist in Ihren Kreisen das Bewußtsein, daß „ein Theil“ der Schuld auf Seiten der Reichen liege. Sogar Schuster\*), dessen Schrift sich in Ihren Kreisen so sehr verbreitet findet, den Sie gewiß nicht des Diebenausgelns mit uns beschuldigen werden, erkennt dies an.

Wenn man aber fragt: Wie soll denn nun geholfen werden, da weiß keiner, wo aus und wo ein und mit lustigen Segeln schwimmt man ins weite Meer der Phrasen. Nennen Sie mir, Herr Pfarrer, die Verammlung von Geistlichen, auf der ein wirklich positiver Vorschlag, das soziale Uebel zu heben, durchdrang. Bedenken christlichen Geistes, Förderung der Menschenliebe, so lauten meist die in Vorschlag gebrachten Mittelchen; aber der Mund verstummt, wenn man fragt, wie es angeht werden müsse, diese wohlgemeinten Nebenarten ins praktische Leben zu überführen. Ein paar Almosen, wie Armenpflege, Volksbibliotheken, Beihilfe zum Unterricht Verwahrloster u. a. m. dienen dazu, bequem über die brennende Prinzipienfrage hinwegzukommen und sich selbst das wohlfeile Bewußtsein zu verschaffen, daß man es mit dem Volke wohl meint.

Ueber die Almosen an sich will ich nicht schelten. Sie können immer Vnderungsmittel sein; und wenn Sie auch nur oberflächlich unser Thun verfolgt haben, wird Ihnen nicht entgangen sein, daß unsre Reichstagsabgeordneten für mancherlei Vnderungsmittel (Fabrikgesetz) plaidiren. Nur dann erklären wir uns gegen diese Mittel, wenn sie, wie es oft geschieht, als Vnderungsmittel angewandt werden; als Köder für oder gegen ein bestimmtes Partei- oder Privatinteresse, wie ich es oben an dem Beispiel des menschenfreundlichen Fabrikherrn in seiner mildesten Form gekennzeichnet habe.

Doch die Erkenntniß, daß solche Mittel lindern können, kann unsern Blick nicht verschleiern und bewirken, daß wir in ihnen Heilmittel sehen. An den äußeren Symptomen läßt sich die Krankheit erkennen, heilen läßt sie sich nur, wenn es gelingt, ihre Ursachen zu entfernen. Die Ursache der Krankheit unserer

\*) Herr Pfarrer Schuster hat aus einzelnen Stellen sozialistischer Schriften, die ihm gerade in den Kram passen sein System des Sozialismus zusammengestellt. Glauben Sie nicht, Herr Pfarrer, daß man es fertig bringen könnte, aus einzelnen Stellen der Bibel eine recht häßliche Zeuge des Christenthums zusammenzustellen? Ueberlegen Sie das einmal, vergegenwärtigen Sie sich die sittliche Enttäufung, die dies in Ihnen hervorgerufen würde — und dann urtheilen Sie über die sittliche Qualität solcher Bücher wie das von Schuster.



Zeit ist aber nach unsrer Ueberzeugung die durch materielle Mittel hervorgerufene Sklaverei der Massen. Also fragen wir, wie lassen sich die materiellen Mittel so in den Dienst der Menschheit stellen, daß die Möglichkeit, daß der Mensch den Menschen durch sie unterjocht, prinzipiell ausgeschlossen ist?

Die Antwort darauf kann nur eine sein: Nur dann ist jede Unterjochung des Einzelnen prinzipiell ausgeschlossen, wenn die Mittel, durch welche jene Unterjochung bewirkt werden kann, und das sind die Erwerbs- oder Produktionsmittel, aus dem Eigentum der Einzelnen in das Eigentum der Gesamtheit übergehen.

Dieser Uebergang ist möglich, denn „die Natur produziert nicht auf der einen Seite Geld- oder Waarenbesitzer, und auf der andern Seite bloße Besitzer der eignen Arbeitskräfte. Dies Verhältnis ist kein naturgeschichtliches und ebensowenig ein gesellschaftliches, das allen Geschichtsperioden gemein wäre. Es ist offenbar selbst das Resultat einer vorhergegangenen historischen Entwicklung, das Produkt vieler ökonomischer Umwälzungen, des Untergangs einer ganzen Reihe älterer Formationen der gesellschaftlichen Produktion.“ (Marx, das Kapital, 2. Aufl., S. 154.) Und alles was entsteht ist werth, daß es zu Grunde geht. So muß auch diese Fortsetzung einer höheren und besseren werden, wenn nur einmal die Einsicht, daß sie verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig sei, Einfluß im Staatsorganismus gewonnen hat. Damit das Volk aber Einfluß üben kann, ist nötig, daß alle, deren Interessen mit dem Staatsleben verknüpft sind, und das ist das ganze Volk, an der Regierung des Staats Antheil nehmen, daß das Volk sich selbst regiere; denn „alle Befehle, zu allen Zeiten, bei allen Völkern folgen dem Grundsatz, daß sie das möglichst große Glück der Völker zum Ziele haben.“ (Wiener, Grundzüge der Weltordnung S. 440. — kein Sozialist, Herr Pfarrer.) Sollen daher Befehle zum Wohl des ganzen Volks gegeben werden, so muß auch das ganze Volk sie geben. Deshalb sind wir Demokraten; aber wir wollen diese Demokratie auf allmählichem gesetzlichem Weg realisiren. Damit dieses möglich sei, muß Einsicht und Bildung verbreitet werden; „die Erlangung und Behahrung der Freiheit ist an eine bessere Erziehung der Kinder geknüpft“ (Thünen, der isolirte Staat II, 2, S. 7. — Conservativer Guttsbesitzer, kein Sozialdemokrat Herr Pastor!) Und auch die Erwachsenen müssen wir lehren, wie „das Interesse des Einzelnen an das des Ganzen geknüpft“ ist, daß „der Einzelne mitleidet, wenn andre unrichtig handeln, und es somit in seinem Interesse liegt, sie zur richtigen Einsicht und zum Rechtthun zu führen.“ (Thünen ebenda.) Deshalb verlangen wir verbesserten Schulunterricht, deshalb treiben wir unsere Agitation.

Aber auch dann, wenn wir es mit allen sittlichen Anstrengungen dahin gebracht haben, daß die Mehrheit des Volks auf unsrer Seite steht; auch dann, wenn die volle Macht, unsre Ideale zu verwirklichen, in unsern Händen liegt, auch dann — halten Sie uns im Ernst für so roh und brutal, daß wir dann die Waffen, die uns soweit zum Siege geführt haben, die Waffen der Einsicht und der Menschenliebe hinwegwerfen sollten, um zu der finsternen Wehr des Mittelalters, der Gewalt zurückzugreifen. Weniger als irgend einer, ist das unser Standpunkt. Wir, die wir auch die Entwicklung der Gesellschaft als einen gewaltigen Naturprozeß auffassen, wissen wohl, daß sie diese „naturgemäßen Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretiren kann. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.“ (Marx, Kapital, Einl.) Sie kann gesetzliche Hemmnisse wegschaffen, sie kann nach und nach die Produktionsmittel auf dem Weg berechtigten Kaufs mit den gesetzlichen Mitteln der Gegenwart in ihre Hand bringen und so auf gleichem, ruhigem Entwicklungspfad die ungeheure Umwälzung zu Stande bringen. Uns, die wir in den letzten Jahrzehnten ungeheure Umwälzungen und Entwicklungen durch die materiellen Kräfte des Dampfes und der Elektrizität auf friedlichem Wege vor sich gehn sahen, kann dieser Ausblick keine Utopie sein. Wenn sie Ihnen als solche erscheint, Herr Pfarrer, mögen Sie uns immerhin intellektueller Jerschümer beschuldigen. Kommen Sie nur in die Arena des geistigen Kampfs mit den Waffen der Wissenschaft! Wir sind nicht unbedeutend, und auch vom Gegner lernen wir gern. Aber den moralischen Makel müssen wir von uns abwehren. Wohl mögen Sie recht haben, wenn Sie sagen, daß auch in unsere Reihen sich schlechte Menschen aus unlaunern Beweggründen eindrängen. Im Allgemeinen können Sie aus der Kirchengeschichte wissen, daß verfolgte Parteien an solchen nicht so reich sind, als verfolgte. Und wenn sich doch Einzelne finden sollten, so darf Sie das nicht wundern, der Sie lehren, daß unter den Jüngern Christi sich ein Judas befand; aber Sie dürfen auch am wenigsten solchen Vorwurf einer großen Partei entgegenstellen. Nicht uns schändet dieser Vorwurf, sondern Sie; und wenn Sie als ein Mann von Ehre betrachtet werden wollen, so werden

Sie diesen Vorwurf ohne Vorbehalt widerrufen. Dem von Ihnen angezogenen Geist „Christlicher Liebe und Milde“ würde dies jedenfalls nicht widersprechen.

Ein Wort im Vertrauen, Herr Pastor! War es wirklich ungeschmälert der Geist des Christenthums, der Geist christlicher Liebe und Milde, der Sie bewog, so gegen uns aufzutreten? Oder hat sich nicht vielleicht der Gedanke an gewisse Dogmen und Ihnen lieb gewordene Anschauungen, die Ihnen unvermerkt zum „Wesen des Christenthums“ geworden sind, in Ihre Seele hereingedrängt und da den Ausschlag gegen uns gegeben? Schwerlich haben Sie sich so ganz unbefangen gefragt, warum Christus überhaupt als Lehrer öffentlich aufgetreten sei. Läge nicht vielleicht die entfernte Möglichkeit vor, Herr Pfarrer, daß alle Dogmen, daß die biblische Weltanschauung nichts als die wandelbare äußere Hülle, der auf den Zeitaltersanschauungen und dem jeweiligen Erkenntnißstand beruhende und danach zu modifizirende historische Ballast sei; daß aber der Kern des Christenthums dem Motiv nach in reiner Menschenliebe, dem Zweck nach in Beglückung der Menschheit gefunden werden müsse? Und sehen Sie, Herr Pfarrer, grade dieses ist der Geist, den Sie den Geist der Genußsucht, der Habguth, des Reides, des Klassenhasses nennen, — grade dieser Geist, des Dieners der Religion der Menschenliebe, ist der Geist des Sozialismus.

„Hütet Euch vor den Pharisäern und Schriftgelehrten!“ Sie wissen, Herr Pfarrer, über welche Menschenklasse diese Worte gesprochen sind: Ueber die in den Formen der Ueberlieferung, in den Gebräuchen des Mosaismus eingetrockneten Gelehrten, denen das Gelpinist eines dogmatischen Systems als Binde vor den Augen lag, denen das Verfall von Jahrhunderten den Quell rein menschlichen Fühlens im Herzen verschüttet hatte.

Sie kreuzigten die Liebe, aber die Geschichte schritt gewaltig über sie fort, und nur ihr Fluch haftet an ihren Fersen.

Hütet Euch vor den Pharisäern und Schriftgelehrten! So erschallt auch heute der Ruf. An Ihnen liegt es, Herr Pfarrer, ob dieser Ruf auch für Sie gelten, ob jener Fluch sich auch an Ihre Fersen heften soll. Das völlig voraussetzungslose Streben nach Erkenntniß und Wahrheit, das völlig uninteressirte Trachten nach Beglückung der Menschheit — das sind unsre Dogmen, die Dogmen, die ob allem Wandel der Erkenntniß thronen werden, so lange Menschen sind. Zu diesen mögen auch Sie schwören; sie sind wahres Christenthum.

Und bekennen Sie, Herr Pfarrer, bekennen Sie ganz stille in ihrem Herzen — Sie sagen zwar in einer leichten (von mir nicht mit veröffentlichten) These, eine eingehende Beschäftigung mit der einschlägigen Literatur sei unerlässlich und Pflicht jedes Geistlichen —, aber gesehen Sie im Vertrauen zu, Sie haben bis jetzt wenig, ganz verzweifelt wenig den Sozialismus studirt. Ueber „Schuster“, die Verichte einiger uns feindlicher Blätter, und vielleicht einer abgerissenen Lektüre einiger sozialistischer Zeitungsnummern und Broschüren ist Ihr Studium sicher nicht hinausgekommen. Ihre Beschuldigungen — nehmen Sie es mir nicht übel Herr Pfarrer — entsprechen so sehr den landläufigen Jerschümem des Philisters über Sozialismus, daß es im Wesentlichen unmöglich anders sein kann. In die grundlegenden Schriften von Marx und Lassalle sind Sie nicht eingedrungen; die erläuternden, das Wesen des Sozialismus berührenden von Schäffle und Lange haben Sie achtlos bei Seite liegen lassen und in dem, was Sie wirklich gelesen, was Sie wirklich studirt haben, da haben Sie — Herr Pfarrer, es kann gar nicht anders sein — es gemacht wie — „Schuster“. Nicht nach dem Grundsatz: Prüfet Alles und das Beste behaltet! sind Sie an den Sozialismus herangetreten, sondern mit dem Vorurtheil, Sie würden Häßliches, Abheuliches, Unchristliches in ihm finden. Und da — auch wir sind Menschen, Herr Pfarrer, und manches Wort mag auch unsrerseits gesprochen worden sein, was nicht dem Geist des Sozialismus entspricht und besser unterblieben wäre — da natürlich mußten Sie finden, was Sie wollten. Sagt doch selbst von der Bibel der alte Spruch eines Kirchenvaters, daß es ein Buch sei, in dem jeder seine „Dogmen“ suchen und finden könne. Die Beurtheilung aber, Herr Pfarrer, ob ein solches Verfahren, den Geist einer Lehre zu finden, sittlich ist — diese Beurtheilung überlasse ich Ihnen selbst.

Ist es Ihnen aber im Ernst darum zu thun, den Geist des Sozialismus zu begreifen, so studiren Sie ernst, gründlich und anhaltend; bannen Sie jedes Vorurtheil, suchen Sie Zufälliges von Wesentlichem genau zu scheiden, kritisiren Sie nicht eher, als bis Sie ganz verstanden haben, und vor Allem vergessen Sie nicht „den Geist christlicher Liebe und Milde“.

So, Herr Pfarrer, aber auch nur so mag es Ihnen gelingen, sich über das Niveau, auf welchem die plappernde Urtheilslosigkeit schwebt, zu erheben. Dann darf ich hoffen, es werde, wenn wir uns wieder begegnen, jedenfalls dem Gegner Achtung und Anerkennung zu Theil werden — vielleicht hat aber dann

auch „Christliche Milde und Liebe“ einen Gegner zu einem Freund und Mitarbeiter am Werk der Erlösung der Menschheit gewandelt.

## Aus Frankreich.

Paris, 22. Oktober.

Bürger Redakteur!

Es wird Sie und Ihre Freunde wohl interessieren, die Ansichten eines Ihrer sozialistischen Genossen über die letzten Wahlen in Frankreich kennen zu lernen und etwas über die Haltung des französischen Proletariats im Allgemeinen und des Volks von Paris ins Besondere am 14. Oktober, dem Tage der Wahlen zu erfahren.

Sie wissen, unter welchen Umständen das französische Volk am 14. Oktober zu den Wahlen gerufen wurde. Die Wahlen des 20. Februar 1878 hatten in die Deputirtenkammer zu Versailles eine achtunggebietende Majorität geschickt, welche den Namen „republikanische Majorität“ annahm. Diese Majorität hatte eine unermeßliche Macht hinter sich, die Macht des einzigen Souveräns: des Volks. Die alte Versammlung von Bordeaux war an der Langeweile und Verachtung gestorben, die sie Jedermann einflößte. Das Volk, des bisherigen Spiels müde, war bereit, neue energische Vertreter zu unterstützen, welche mit Ernst für die Republik einstanden und mit Ernst, wenn nicht sofort an die Lösung, doch an das Studium der in unserm Frankreich, trotz allem Gerede vom Gegentheil, so lebendigen sozialen Fragen zu gehn. Der Schwung (Elan), die Begeisterung des Volks waren bezaubernd am 20. Februar 1878. Wer die Probleme der Politik zu analysiren versteht, der kann nicht in Abrede stellen, daß das französische Volk am 20. Februar 1878 einen mächtigen Schritt zur Freiheit gemacht hat.

Unglücklicherweise begriff die sogenannte republikanische Majorität der Deputirtenkammer nicht das Wesen und die Tragweite des 20. Februar. Sie tagte in Versailles, that aber absolut nichts im Interesse und zum Wohle des Volks. Sie entsprach in keiner Weise den Hoffnungen, welche das Volk in sie gesetzt hatte. Man muß es sagen, offen heraus sagen: sie litt an einer schweren Krankheit; sie trug den Todesstein in sich: das Gift des Opportunismus (der Rechnungsträgerei). Mit der moralischen Kraft der Nation hinter sich konnte sie dem Präsidenten der Republik und dem Senat mit Leichtigkeit den Willen Frankreichs diktiren, denn der Senat und der Präsident der Republik hatten damals Furcht.

Der Opportunismus, das heißt die Politik der Zugeständnisse, der Schwachen, des Abwartens ohne Organisation, richtete sofort ihre Verwüstungen an. Die Amnestie wurde bei Seite geschoben. Die mit solcher Ungeduld erwarteten Reformen im Heerwesen, in der Staatsverwaltung, in Schule und Kirche wurden auf die Griechischen Kalender („St. Nimmerleinstag“) vertagt.

Wer ist für die Wichtigkeit (le néant) der sogenannten republikanischen Majorität vom 20. Februar verantwortlich? Die Wahrheit zwingt uns zu erklären, „ohne Phrasen“ zu erklären: Herr Gambetta und seine Freunde tragen die ganze Verantwortlichkeit!

Doch weiter. Als die päpstliche, royalistische und bonapartistische Reaktion, mit einem Wort: „die moralische Ordnung“, sah, daß die Versailleser Versammlung untätig blieb, schloß sie Muth, organisierte, ergänzte sie sich. Das war sehr natürlich. Da die Republikaner nicht vorgingen, vergaß die Reaktion ihre anfängliche Angst. Sie vergaß sie so gründlich, sie entwickelte eine solche Thätigkeit, daß der Tag kam, wo sie den Feind zur Thüre hinauswerfen konnte. Der Vatikan ließ seinen geheimen und verbrecherischen Einfluß. Der Jesuitismus legte seine schmähtlichen Schlingen. Der 16. Mai hatte statt: die Versammlung wurde erst vertagt, dann aufgelöst.

So verschwanden die Männer ohne Thatkraft: sie fielen wie abgestorbene Blätter.

Das Volk täuschte sich nicht. Es begriff sehr wohl, daß der Opportunismus alles verdorben hatte. In der That war Gefahr für die Republik war groß. Die sogenannte republikanische Majorität, welche den Lauspaß erhalten hatte, protestirte; „363“ Kammermitglieder unterzeichneten den Protest. Das war etwas, aber sehr wenig. Sie hätten besser gethan, diese 363, ein Programm, ein klares bestimmtes Programm zu unterzeichnen und furchtlos auf dessen Verwirklichung zu drängen.

Am 14. Oktober an die Wahlurne berufen, hat das Volk von Neuem diesen „363“, mit einigen Ausnahmen, seine Stimme gegeben. Das Volk wollte gegen den Gewaltstreich des 16. Mai protestiren. Die Wahl des 14. Oktober ist eine einfache Protestwahl (elections de protestation pure et simple).

brecherisch ist nur die Anwendung strafbarer Mittel zur Herbeiführung eines solchen Entschlusses. Die Witten durch die Landtage sind nicht ungesetzlich.

Wenn also Stieber nicht nachgewiesen hat und nicht nachweisen kann, daß Wander von Anwendung ungesetzlicher Mittel Kenntniß gehabt hat, so konnte Wander eine nicht vorhandene oder nicht bekannte Anwendung ungesetzlicher Mittel auch nicht als Schuld irgendwem zur Last legen. Die ganze Anklage fällt also in ein Nichts zurück.

Endlich sagt Stieber — Wander's obige Rede „besitze“ (sic!) durch ein Wortspiel auf das Wort Constitution und durch eine Hinweisung auf das Jahr 1815 eine überaus freche und hämische Anspielung darauf, daß die preussische Staatsverfassung keine constitutionelle sei.

Die beiden von dem Denunzianten so oft gebrauchten Worte „frech“ und „hämisch“ scheinen ihm ihrer wahren Bedeutung nach noch nicht bekannt zu sein. Hämis, eigentlich heimlich, stammerwandi mit Hemmen, Hemmung, Hammel und Hemmschuh, bedeutet — zurückhaltend, rückhaltig, hinterhältig. Frech, vom gotthischen friks, dagegen heißt gierig, begehrlisch, vordringlich, biblisch: übergreifend, vor Anderen sich etwas herausnehmend. Hinterhältig und vordringlich sind Widersprüche gegen einander. Die Stelle, welche Stieber mit diesen Widersprüchen zur Gahrung ansäuert, ist diejenige, in welcher Wander gesagt hat: es sei schwer, in den vor der Versammlung zu haltenden Reden jederzeit den der Versammlung genehmen Ton zu treffen, und ebenso schwer, wenn auch ohne alle Absicht und unwillkürlich, nicht einmal auch auf Dinge zu kommen, welche die Versammlung unberührt gelassen wissen wolle. In der That soll man eine solche Verührung nicht zu streng verpöden; denn genau genommen heißt man Schmerzen keineswegs schon dadurch, daß man nicht davon spreche. Wenn das preussische Volk wirklich eine Braut von guter Constitution hätte, und es wäre bereits 1815 mit ihr verlobt, würde es dann dieselbe deshalb vergessen, wenn man ihm verböte, von ihr zu reden? Der Bräutigam wurde bei Betrachtung des Verlobungsringes, bei Erinnerung an das vergessene Verlobungsblut, doch immer an die Braut erinnert werden.

## Ein Stück Geschichte.

Defenstou (Verteidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845).

(Fortsetzung.)

Wander sagt: in Hirschberg, also unter preussischer Regierung, sei keine Revolution je vorgekommen und werde schwerlich eine vorgekommen. Wenn also der Satz: die Revolutionen werden durch die schlechten Regierungen gemacht, richtig ist, in Hirschberg aber keine Revolution weder vorgekommen ist, noch schwerlich vorkommen wird, so ist damit gesagt, daß hier die erwerbende Klasse fehle, mithin, daß die preussische Regierung keine schlechte sei; eine gute Regierung hat aber ihre Bürger nicht zu fürchten. Das weiß sie und wird deshalb auch keine geheimen Späher zur Belauschung des Treibens der Bürger anstellen.

In seiner Verdrehungsucht aber, bestärkt durch die Nothwendigkeit, seine gegen Wander unternommenen Anzeiglichkeiten doch wenigstens einigermaßen zu rechtfertigen, behauptet Stieber: Wander habe die preussische Regierung als eine schlechte, und somit als die Ursache der ungesetzlichen, gegen sie ankämpfenden Bestrebungen der preussischen Unterthanen dargestellt.

Wander ist nicht verpflichtet, die „mancherlei verbrecherischen Bestrebungen, welche in neuerer Zeit hervorgetreten sind“, von Amtswegen zu kennen; daher wäre es wohl nötig gewesen, daß Stieber diejenigen verbrecherischen Bestrebungen, welche er im Sinne hat, und den Vätern in der Geschichte der Verbrechen des Tages vorenthält, ein wenig entziffern hätte. Er geheimnißt zu viel, und weil der Richter dem Denunzianten unumgänglich gleich auf's Wort glauben kann, so bleibt es vor allen Dingen unerkannt, ob die Thatfachen, welche Stieber im Sinne behalten hat, zuerst als wirklich vorhanden, und demnach auch zweifellos als Verbrechen dargelegt werden; dann erst könnte man beurtheilen, ob es ein Verbrechen ist, der Regierung die Schuld dieser Thatfachen aufzubürden. Außerdem müßte er Stieber dann immer noch erst nachweisen, daß Wander diese Thatfachen gekannt habe; sonst kann auch nicht angenommen werden, daß

Wander die Schuld dieser ihm unbekanntem verbrecherischen Bestrebungen, die also in seinem Bewußtsein gar nicht vorhanden sind, der Regierung habe aufbürden wollen.

Die bürnische phantasmagorische Tollheit mit zwei von 12. Stieber zum Tode verurtheilten Verschworenen, die, weil sie den Tode nur zu Gunsten der Entdeckung geleistet haben, als Verschwörer gar nicht zu betrachten sind, kann nicht hierher gerechnet werden, weil, als Wander seine Rede hielt, die weltgeschichtliche Entdeckung derselben noch gar nicht gemacht war.

Stieber spricht indeß allerdings nicht schon von fertig gemachten Revolutionen, sondern nur von „Bestrebungen“, die, wenn Stieber's Rede Sinn haben soll, nur Bestrebungen sein können, welche auf Herbeiführung einer Verfassungsänderung abzielen. Man erkennt aber leicht, daß von diesen eben Alles gelten wird, was von dem Wissen und dem Willen vollendeter Thatfachen zur Inkrimination Wander's als erforderlich nachgewiesen wurde.

Man sieht aber sehr leicht, daß nicht alle dahin zielenden Bestrebungen „verbrecherisch“ sein müssen. Bitten und landständische Anträge auf Erweiterung der landständischen Verfassung, da gegen das Witten bis jetzt noch kein Strafgesetz erlassen ist, sind kein Verbrechen. Wenn das Volk seine Meinung dahin kundgibt, daß diese von den Landständen gestellten Bitten seinen Ansichten entsprechen, so ist auch darin kein Verbrechen zu finden, weil die Landstände eben nur die Wünsche des Volks vor den Thron bringen sollen, und das Volk damit nur darlegt, daß die Bitten der Landstände wirklich seine eigenen sind. Wenn Stieber diese meint, so ist seine Bezeichnung derselben als verbrecherischer ungebührlich.

Noch ist das Gesetz nicht aufgehoben, welches jedem Unterthanen ohne Ausnahme freistellt, „seine Zweifel, Einwendungen und Bedenkllichkeiten gegen Gesetze und andere Anordnungen im Staat, sowie seine Bemerkungen und Vorschläge über Mängel und Verbesserungen dem Oberhaupt des Staats und den Behörden anzuzeigen“. Das Streben eines Ueberzeugten, seine Ueberzeugung in gesetzlicher Weise auch auf den Monarchen zu übertragen, einen entsprechenden freien Entschluß des Monarchen herbeizuführen, ist an sich selbst also nicht verbrecherisch. Ver-



In Paris wie in den Departements ging das Volk zu den Urnen: ruhig, ohne Illusionen, kalten Blicks, im vollen Bewusstsein, daß diese neue Abgeordnetenkammer nichts für es thun wird. Die Handwerker, die Proletarier, die Bürger, welche von ihrer Arbeit leben, erwarten von den Erwählten des 14. Oktober nur negative Resultate. Der Grund liegt auf der Hand. Die Wahlen sind ohne politisches, ohne soziales Programm vollzogen worden. H. Buffenois.

(Schluß folgt.)

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Urtheile über die französische „Krisis“. Der „Frankfurter Beobachter“, der ganz rabiat ist für die „363“ und gegen Mac Mahon, und dem der Himmel voll „republikanischer“ Wahlsiege hängt, druckt nachstehenden Pariser Brief ab, dessen sanguinische Gewisheit er freilich nicht in allen Punkten schon jetzt (!) zu theilen vermag:

Die ehrlichen Leute mögen sich beruhigen: Die Republikaner werden den äußersten Forderungen mit den äußersten Ansprüchen antworten. Sie werden die Konsequenzen ihres Wahlsieges bis auf's Aeußerste ausbeuten wollen, und ich sage hinzu: sie werden es können. Die republikanische Partei ist heute einig; es giebt keine Spaltungen und keine Meinungsverschiedenheiten. Lesen Sie die freisinnigen Blätter; zum „Journal des Debats“ angefangen bis zum „Reveil“ und zur „Lanterne“ erheben alle dieselbe Forderung. Von den Akademikern John Vernois und Cuivillier-Fleury bis zum Communard Henri Rochefort, stimmen alle in denselben Ruf ein: „Keine Schwäche! Keine Halbheit! Kein Jögern! Kein Verzeihen!“ Die Komödie des Vergessens und Vergehens wird diesmal nicht gespielt werden, kein Mensch hat Lust, in derselben eine Rolle zu übernehmen. Die Geschlagenen des 14. Oktober, die besser als das Ausland wissen, was dieser Tag für sie zu bedeuten habe, versuchen es, das alte Lied von der Mäßigung wieder anzustimmen. Sie verlangen einen unmöglichen Frieden und einen unendbaren Ausgleich. Sie, die seit fünf Monaten mit rucklosen Mutwillen Frankreich am Arbeiten und Erwerben verhindern, finden plötzlich, daß Frankreich die Aufregung satt habe und Ruhe wolle. Gewiß, Frankreich hat die Aufregung satt und will die Ruhe. Aber es weiß, daß es die Ruhe erst dann finden kann, wenn man dem Raubthier des Bonapartismus, welches das Land bedroht, die Zähne ausgebrochen und die Klauen abgehaut haben wird. Der Prozeß des 16. Mai wird ohne Rücksicht und ohne Erbarmen gemacht werden. Man sammelt seit lange Beweise und Zeugenaussagen. Die Anklageschrift ist fertig, die Verurtheilung ist eine Frage weniger Wochen. ... Der Marschall selbst wird seinem Fatum nicht entkommen. Trotz aller Fanfaronnaden ist seine Situation eine unmögliche (Ein Staatsstreich, führt der Correspondent aus, würde ihm seinen Kopf kosten, ein Ausgleich wird von der Linken zurückgewiesen, eine bedingungslose Unterwerfung wäre Selbstmord, eine abermalige Kammerauflösung ist bei der Haltung zahlreicher Senatoren der Rechten undenkbar.) Von Gambetta famosen Worte: „so soumettre ou se démettre“ ist nur mehr die Hälfte möglich. Der Marschall hat heute nicht mehr die Wahl; so soumettre genügt nicht mehr. Er kann nur mehr démettre und er wird es. Augenblicklich trägt er allerdings die Nase noch hoch und das Cabinet steht noch aufrecht. Er will noch die am 4. November stattfindenden Generalratswahlen „machen“, denn aus den Generalräthen gehen im nächsten Jahre 75 Senatoren hervor. Allein das Land hat für die letzten Kampfesstadien einer agonisirenden Verwaltung nur mehr Hohn und Berachtung. Die Drohungen der Präfecten haben nach dem 14. Oktober kein Gewicht mehr. Der Vordarm mag noch so finster die Augenbrauen runzeln, man lacht ihm in's Gesicht und stimmt wie man will, das heißt republikanisch. Die Wahl am 14. Oktober war wirklich thatächlich der letzte Kampf, den die Republik in Frankreich gegen ihre Todfeinde zu bestehen hatte, und die kleinen Scharmügel, die noch bevorstehen, verdienen keine besondere Aufmerksamkeit. Der am 14. Oktober erfochtene Sieg wird alle Früchte tragen, die Europa von ihm zu erwarten berechtigt ist, und kein fauler Friede, kein nichts-nütziges Compromiß, keine Schwachmüthigkeit und kurzfristige Genügsamkeit wird das Land diesmal um den Preis seiner ungeheuren Anstrengungen betrügen!

Dies der Jubelhymnus des gambetta-seligen Correspondenten. Das Einzige, was der „Frankfurter Beobachter“ daran auszu- setzen hat, ist die allzu hoffnungsvolle Auffassung des zu erwartenden „Finale“; dasselbe werde wohl schwerlich „so harmlos“ ausfallen. Im Uebrigen stimmt er dem Correspondenten bei und glaubt selbst an die Einigkeit und Entschlossenheit der „363“.

Halten wir hierneben das Urtheil des Sanguinischen der

Zur Erklärung dieser Rede muß angeführt werden, daß in einer der früheren Versammlungen nicht Bander, sondern ein anderer Sprecher das Wort: Constitution ausgesprochen und damit Tadel auf sich gezogen hatte. Bander wollte diesen Redner entschuldigen. Man möge den Gebrauch dieses Wortes nicht so streng nehmen, meint er, denn wenn wirklich eine Schmach nach Constitution vorhanden wäre, so höre sie wenigstens nicht dadurch auf, daß man nicht davon spräche. Die geschichtlichen Momente, welche daran erinnern müßten, wie der Befreiungskrieg und das Gesetz vom 22. März 1815, würden doch immer stehen bleiben. Das ist, enthüßelt von allen bildlichen Bekleidungen, der wahre Inhalt dieser Rede. Gerade aber an dem Meistern ist Stieber kleben geblieben. (Fortf. f.)

— Der kaukasische Aufstand erklärt sich nicht allein durch muslimanischen Fanatismus, sondern auch durch die höchst mangelhaften ökonomischen und administrativen Verhältnisse, welche unter der Bevölkerung Unzufriedenheit mit ihrer Lage hervorgerufen und mit den Rücksichten und Maßnahmen der Regierung in freistimmiger Widersprüche stehen. So wird der „Vossischen Zeitung“ aus Petersburg geschrieben; und weiter heißt es: Vor dem Kriege hieß es heil, es sei Alles dort in schönster Ordnung, jetzt laufen allmählich Nachrichten ein, welche Aufklärung darüber geben, warum die mit so vieljährigen Anstrengungen erkrebte und um einen so hohen Preis erkaufte Pacification des Kaukasus sich schon bei der ersten Verwidelung nach Rußen als so wenig dauerhaft erwiesen hat. Eine Illustration hierzu giebt unter Anderem auch eine Correspondenz des „Golos“ aus Sigeach. Durchgängig schreibt der Correspondent, kann man z. B. auf derartige Details stehen, daß ein Bauer, welcher von einem Händler 10 Rubel geborgt hat, ihm in Wein und anderen Produkten ca. 300 Rubel zurückgab; und ihm doch noch immer 50 Rubel schuldig bleibe. Diese Thatfachen sind empörend genug und doch wird nichts dagegen gethan. In Kaschketin ist es Gebrauch geworden, daß eine Administrationsperson, welche sich in's Dorf begiebt, um Recht und Gerechtigkeit zu üben, wochenlang auf Rechnung des Bauern lebt und ihm am den Rest seines geringen Eigenthums bringt. Hat er dann hier seine Mission erfüllt, so begreift er sich wiederum in „Beschäftigung legenheiten“ in das benachbarte Dorf und wehe dem Bauer, der es unterlassen hat, während des Aufenthalts des Uebers in Dorfe ihm die gehörige Aufmerksamkeit und Gastfreundschaft zu erweisen!

Sanguinischen, des begeisterten der begeisterten Lyriker der Republik der „363“, des zornigsten der zornigen Straßprediger gegen den „Vorwärts“, weil dieser die Todfeinde begangen, die Schwärmerei für die Republik der „363“ weder republikanisch noch sozialdemokratisch zu finden — mit Einem Wort, des Verfassers jener stilllich entrüsteten Artikel der „Frankfurter Zeitung“, in welchen die Schale republikanischen Hohns über das: „Nieder mit der Republik!“ des „Vorwärts“ ausgegossen ward, obgleich es beflagtem Heißbohn sehr wohl bekannt sein mußte, daß man im Redaktionslocal des „Vorwärts“ mindestens so republikanisch ist als im Redaktionslocal der „Frankfurter Zeitung“, und daß ein „Nieder mit der Republik“ — der Communemörder möglicherweise als taktischer Fehler, nimmermehr aber als eine Verleugnung republikanischer Grundsätze betrachtet werden kann.

Wohlan, begagter „republikanischer“ Saulus ist gen Damasus-Paris gezogen, und siehe da, er ist ein republikanischer (ohne Gänsefüßchen) Paulus geworden; oder wenigstens auf dem besten Weg, einer zu werden. Man höre nur, was er nach den Wahlen geschrieben:

„Die Kraft der revolutionären Partei hat 1871, wenn nicht sich erschöpft, doch eine bedeutende Lähmung erfahren. Wohl glaube ich, daß, wenn die Republik in Gefahr wäre, wenn ein Staatsstreich käme, Paris und die großen Städte Frankreichs aufstünden, denn ihre Liebe zu der republikanischen Idee ist mit einem Opfermuth ohne Gleichen gepaart, — aber dann frage man sich Eines: Würden die gemäßigten Republikaner der Erhebung sich angeschlossen haben, würde der Kampf für die Republik allgemein geworden und, wie allgemein, so auch einträchtig gewesen sein? Die Republikaner von gestern kann man kaum geneigt halten, zu einer Revolution Hand zu bieten, weil sie fürchten, dadurch Kräfte zu entfesseln, welche sie sich nachher zu bannen nicht im Stande glauben. Die Revolution würde ausschließlich von den Radikalen gemacht, würde, siegreich, viel mehr bringen, als die jetzige Constitution bietet, befiegt aber der Reaktion nur breitere Bahnen hinterlassen, neben welchen Bäche frischen Blutes fließen. Spinnt man dergestalt, die Vermuthungen aus, so entbehrt die Annahme, daß der glänzendste Sieg der Republikaner, falls der Marschall sich auf den Degenknopf stütze und nicht freiwillig gehen wolle, die Ernennung Grévy's zum Präsidenten und den Ausschluß jeglicher Vermittelungspolitik keineswegs durchaus nach sich gehabt hätte, gewiß nicht der Berechtigung. Schon in meinem dritten Briefe konnte ich es nicht verbergen, daß mir bei aller Entschiedenheit der Republikaner eine spätere Transaktion nicht undenkbar geworden zu sein scheint. Ein langes Verweilen bei diesem Gedanken wäre damals schlecht angebracht gewesen.“

Wir können so ziemlich Alles unterschreiben, was hier gesagt ist. Unser ganzes Verbrechen war, daß wir keine Bedenken trugen, im Gegentheil es für unsere Pflicht hielten, unsere „Gedanken“ schon „damals“ auszusprechen und die nöthigen Conklusionen anzufügen. Die „spätere Transaktion“ nennen wir Compromiß, Verrath der Republik (ohne Gänsefüßchen). Und weiter:

„Die Polemik, die Agitation, die Taktik der Republikaner bis zum Wahltage war vortrefflich, man konnte sie nur loben. Die sonst Gemäßigten haben mit Feuerifer gegen die Coalition gestritten, sie haben Vieles, sehr Vieles für den Sieg gethan, welcher der republikanischen Idee geworden. Vergessen wir jedoch nach dem Siegestage nicht, daß die gelegentliche Haltung einer politischen Schule nicht für ihre Zukunft absolut sichere Schlüsse ziehen läßt. Befindung und Wiederbefindung benachbarter Gruppen hat man oft gesehen. Freundschaft und Feindschaft wechseln im politischen Leben. Diejenigen, die in einem großen Gedanken einig sind, sind es oft nicht mit Bezug auf eine Durchführung; Detailfragen bringen mitunter die zusammen, welche in allgemeinen Fragen gegen einander kämpfen. Zur Stunde hält das linke Centrum zum Gros der republikanischen Partei, seine Federn schreiben kräftig gegen die Regierung. Immerhin finde ich die Sprache des „Journal des Debats“, das hier vor Allem consultirt werden muß, nicht kategorisch genug, ich meine im Wesen, nicht im Ausdruck. Das Ueßte kann über die Nothwendigkeit eines Ministerwechsels im Anklaren sein. Die Intransigenten sagen, daß die Regierung Dufaure, welcher alle jene Gesetze gemacht hat, deren sich die Coalition gegen die Republikaner bediente, in Vereisschaft halte. Die Intransigenten wollen nach so vieler Resignation nicht um jeglichen Siegespreis, sei derselbe auch noch so gering, betrogen sein; sie wollen mit ihren heftigen Angriffen auf Dufaure zeigen, daß ein Cabinet, welches diesen Namen trägt, erbärmlich wenig wäre. Aber ihre Worte können leicht mehr als Kampfwort, sie können Wahrheit sein. Man (Mac Mahon) wird dem linken Centrum sagen: Ich gebe Dir die Hälfte der Portefeuille, die andere Hälfte soll den Conservativen bleiben, — ich gebe Dir eins mehr, zwei mehr als die Hälfte. Der Kriegsminister Verhaun ist der gemäßigten Linken nicht unangenehm — — Das linke Centrum kann der Republik große Dienste leisten, wenn es sich vor dem Radikalismus nicht bange machen läßt!“

Ja, wenn!

D Jerum!

— Erwerb ohne Arbeit. Durch das Steigen des Preises des Grund und Bodens in einer Großstadt sind schon manche Personen aus mittelmäßig-wohlhabenden ungemein reiche Leute geworden. So finden wir in den Berliner Zeitungen folgende Notiz:

„Das Haus, in welchem das neue Wiener Café Unter den Linden sich befindet, befah in den zwanziger und dreißiger Jahren im Parterre einen von einem Antiquar und Buchhändler gemietheten Laden und eine mit der Rückseite nach der Straße stehende Remise, in welcher jener Antiquar seine Büchervorräthe untergebracht hatte. Für den Laden und Remise, also für das ganze Parterre des Hauses zahlte jener Antiquar 300 Thaler jährliche Miete. In den sechziger Jahren schon bezog der Nachbesitzer des Hauses aus demselben, inzwischen zu mehreren Läden ausgebauten Parterreräumen jährlich 10,000 Thaler Miete, und jetzt soll der Pächter jenes Cafés für seine, das halbe Parterre und die Belcote einnehmenden Räume 54,000 Mark (18,000 Thaler) jährliche Miete bezahlen, also das Sechzigfache. Der erwähnte Antiquar hat das Haus in den dreißiger Jahren für 38,000 Thaler erworben und sein Schwiegerjohn, der bekannte Manchestermann Prince-Smith dasselbe vor einigen Jahren an den jetzigen Besitzer, Herrn Kunz für 450,000 Thlr. verkauft.“

Rum soll uns erst ein Anhänger der liberalen Schule einen Schulzeamer nachweisen, daß der Antiquar oder der Herr Prince-Smith jene Summe von 450,000 Thaler durch ihre Arbeit erworben haben, oder daß diese Summe den Lohn ihrer Entbehrungen bildet.

— Unsern Kulturkämpfern in's Stammbuch. Bruno

Bauer's neuestes Werk: „Christus und die Cäsaren“, welches nachzuweisen sucht, daß das Christenthum seinen Ursprung nicht im Judenthum, sondern im antiken Heidenthum habe, enthält zum Schluß folgenden Passus: „Das Schwert des Glaubens, mit welchem die Apostelfürsten ihrer Gemeinde durch die Kaiserzeit Roms den Weg bahnten und gegen die Anschläge des Mittelalters zur Militärdictatur beistanden, haben sie, wie die vorliegenden Blätter nachweisen, von den Stoikern geerbt, welche mit der Kraft des Gewissens und der Ueberzeugung sich den militärischen Triumpfen der Macedonier und der Römer entgegenwarfen. Dasselbe Schwert wird in der Hand der Nachfolger der Stola blitzen, so lange und so oft eine politische Gewalt im Zusammensturz einer veralteten Weltordnung nur den Freibrief ihres Vorrechts und nicht das Werk einer allgemeinen Freiheit erblickt.“ — Wir haben zu wiederholten Malen die im letzten Sage befindliche Ansicht in ähnlicher Weise ausgesprochen. Der Culturkampf, welcher die conservativ-liberale Staatsgewalt an Stelle der veralteten katholischen Weltordnung“ setzen will, wird von dem Wismarckischen „Liberatismus“ nicht siegreich zu Ende geführt werden, weil die Clericalen ihnen „das Schwert des Glaubens“ entgegenblitzen lassen — das Schwert der Bildung und der Freiheit allein aber kann das Schwert des Glaubens zerschmettern.

— Tief heruntergekommen ist Rabbi Bernheim: nachdem er in seinem Windmühlensampf gegen die „Sozialdemagogie“ längst allen Verstand und Anstand verloren hatte, hat er nun auch das letzte Feigenblättchen der Scham abgelegt und zeteret in der „Volkzeitung“ offen nach Straßgesepara- graphen zur Unterdrückung unserer Partei. Das Nachwort ist so skandalös, daß die Redaktion der „Volkzeitung“ — man denke, der „Volkzeitung“! — es für nöthig hält, ihren lang- jährigen verehrten Mitarbeiter zu desavouiren. Wir werden das faubere Produkt in nächster Nummer auszugswweise mittheilen, und beschränken und heute darauf, an Herrn Bernheim die Frage zu richten: ob er nicht Lust hat, einen Straßgesepara- graphen gegen gewisse Sozialdemagogen (ohne Gänsefüßchen) zu richten, die aus übergroßer Begeisterung für die Heiligkeit der Familie sich nicht mit einer Familie begnügen, sondern sich gleich zwei und mehrere reguläre, wenn auch nicht legitime Familien auf einmal zulegen?

— Die Folgen des Krieges der Russen. Die „Politische Correspondenz“ erhält aus Debe-Agatsch vom 8. d. einen Bericht, dem wir Folgendes entnehmen: „Viele Tausende bulgarischer Frauen und Kinder — Männer befinden sich wenig darunter — sind in den verschiedenen Ortschaften untergebracht und kampiren ohne jedes Bett- oder sonstiges Gerath im Freien und leiden alle Entbehrungen. Die Armen haben auf ihrer Flucht nichts mitnehmen können, haben keine Wäsche, keine Kleider, nichts zu essen und da die Menge der zu Unter- stützenden zu groß und die bulgarischen Familien hier überhaupt nicht sehr bemittelt sind, so sterben sehr viele wegen höchst mangel- hafter Ernährung am Hungertypus. Der Wahrheit gemäß muß ich constatiren, daß sich auch eine nach Tausenden zählende Menge türkischer Familien in der Umgebung Adrianopels in ähnlicher trauriger Lage befinden. Dieselben werden aber nach und nach in vom Kriege weniger heimgesuchte Orte geschickt; außerdem langen für dieselben von verschiedenen Seiten Spenden an, sie werden von ihren Glaubens- und Stammesgenossen und durch die Behörden unterstützt, so gut es eben möglich ist. Bei den Bulgaren ist das nun leider anders; und weil ein Theil ihrer Angehörigen sich an der Revolution betheiligte, leiden so viele Tausende schuldlos. Selbst wenn die türkischen Behörden sie mit Lebensmitteln und anderen Lebenserfordernissen unter- stützen wollten, so wären sie augenblicklich kaum im Stande dies zu thun, weil die unterstützungsbedürftigen Türken alle ihre Mittel erschöpfen, um ihren Glaubensgenossen an die Hand zu gehen. Den Bulgaren giebt Niemand etwas, Jedermann, selbst der Humanität, zieht sich vor ihnen zurück und meidet jede Be- rührung mit denselben, vielleicht aus Angst, bei der Behörde in Verdacht zu gerathen. Europäische Menschenfreunde würden eine echte Christenpflicht erfüllen, wenn sie im Wege der betreffenden Consulate für die unglücklichen Opfer dieses unheilvollen Krieges ihr Scherflein zur Vinderung des größten Elends beitragen wollten.“ — Soweit der Bericht der sehr ruffreundlichen „Provinzial-Correspondenz“. Auch wir bedauern gewiß die armen Bulgaren. Wer aber hat ihre Noth verschuldet? Niemand anders als der Kaiser von Rußland, der „milde“ Czar, der diesen grauenvollen Krieg aus reiner Eroberungslust unter den beschwerlichsten Vorwänden angezettelt hat. Möge derselbe in die Nacht des Wahnsinns geschleudert, an dem Blute der gemordeten Nebenmenschen, seiner „Unterthanen“ und seiner „Feinde“ er- sticken, mögen ihn bei seinem Tode die Gesalten der höllischen verhungerten bulgarischen Weiber und Kinder umtanzen, möge es allen Tyrannen und Mördern also geschehen!

— Auf dem bulgarischen Kriegsschauplatz beginnt es lebendig zu werden. Die Russen arbeiten jetzt mit Aufgebot aller ihrer Kräfte daran, sich durch Bezwingung Plewna's und der türkischen Armee unter Saleimann Pascha Luft zu verschaffen. Letzterem gegenüber ist der erste Versuch vollständig mißlungen: der russische Angriff wurde auf allen Punkten mit großen Ver- lusten zurückgewiesen. Glücklicher waren die Russen im Süden von Plewna: nach einem zehnstündigen verzweifelten Kampf hoben sie ein türkisches Corps auf, welches die Straße zwischen Sofia und Plewna, also die Rückzugslinie Osman Pascha's zu verteidigen hatte. Der Plan der Russen ist offenbar, Plewna zu cerniren, es mit einem Gürtel von Erdwerken zu umgeben, die Zufahren und Verstärkungen abzuschneiden, und so „Osman Pascha ein Metz zu bereiten.“ Ob dieser so gut sein wird, zum Schluß seiner Laufbahn noch den türkischen Bazaine zu spielen, dürfte bezweifelt werden; so viel steht freilich fest, daß seine Lage eine kritische wird, wenn es ihm oder dem in Sofia stationirten Gheset Pascha nicht gelingt, die Verbindungen zwischen Plewna und Sofia wieder herzustellen.

In Aßen hat Moukhar Pascha seine Vereinigung mit der Armee — oder wenigstens Theilen der Armee Ismail Pascha's vollzogen und einen Angriff der russischen Vorhut zurückgeschlagen. Die Situation der Türken hat sich nach den letzten Berichten ganz wesentlich gebessert.

— Heute, Montag erhalten wir die Nachricht, daß am Sonnabend Vormittag die Genossen Rost und Baumann vor der 7. Deputation des Berliner Kriminalgerichts sich zu ver- antworten hatten. Ersterer ist angeklagt als Redacteur der „Berliner Freien Presse“, letzterer als solcher des „Rätschlichen Volks- freund“, welcher ebenfalls in Berlin gedruckt wird. Bei beiden Angeklagten handelte es sich um den Abdruck französischer Pro- letarierlieder aus der Strodtmann'schen Sammlung und bei der ersteren des Herrn Rost noch um drei andere Fäße aus den



Leitartikel: „Gewalt und Gesetz“ und „Die Festtage des Proletariats“. Herr Teßendorf fungierte als öffentlicher Ankläger, die Angeklagten verteidigten sich selbst. Gegen Rost wurden aus §§ 130 und 131 2 Jahre, gegen Baumann aus § 130 6 Monate Gefängnis beantragt. Die Verkündung des Urtheils erfolgt morgen, Dienstag, und werden wir dasselbe in der nächsten Nummer unsern Lesern mittheilen.

Genosse Bebel wurde am 26. Oktober in zweiter Instanz von dem Berliner Kammergericht wegen dreifacher Bismarckbeleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Anklage erfolgte auf Grund der Broschüre: „Die parlamentarische Thätigkeit des Reichstags“, welche in Berlin herausgegeben wurde und Bebel zum Verfasser hatte. Unter Anderem handelte es sich dabei auch um die nach der „Reichsglocke“ gebrachte Mittheilung über den Fürsten Bismarck und seine angebliche Beseitigung bei der Discontobank, und um ein Vergehen gegen § 131, von welchem Bebel in der zweiten Instanz freigesprochen wurde. Hieraus erklärt sich die Herabsetzung des ersten Strafmaßes von 9 Monaten auf 6.

Parteigenosse Heintzel in Kiel ist wegen einer Rede, in welcher er die Stellung der Lehrer den Geistlichen gegenüber kritisierte, und wegen einiger Aeußerungen über den Militarismus, die nach der Anklage gegen das Gesetz verstoßen haben sollen, durch alle Instanzen hindurch zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Die neueste Nummer 3 der „Zukunft“, sozialistische Revue, enthält: 1) Nur im Communismus ist größtmögliche Freiheit. Von Dr. A. Douai. 2) Zum Reichseisenbahn-Projekt. Von — a. 3) Der 18. März in der Provinz. Von Jules Guesde. 4) Zur Gewerbe-Hygiene. Von Dr. med. — 1. (Fortf.) 5) Recensionen. — Notizen.

Die deutsch-amerikanische Parteipresse ist in stetigem Wachstum begriffen. Es bestehen jetzt als tägliche Organe der Milwaukee „Sozialist“, die „Volkstimme des Westens“ in St. Louis, die „Neue Zeit“ in Louisville, die „Arbeiterzeitung“ und der „Vorwärts“ in Newark erscheinen dreimal wöchentlich; einmal wöchentlich erscheinen die „Arbeiterstimme“ (New-York), der „Vorbote“ (Chicago), der „Arbeiter von Ohio“ und die „Tribüne“ von Buffalo. Gewiß sehr erfreuliche Resultate für die kurze Zeit, wo von einer planmäßigen Arbeiterbewegung in Nordamerika die Rede sein kann.

### An die Parteigenossen!

Seit dem letzten Sozialisten-Congress ist nun ein halbes Jahr vergangen. Die sozialistische Bewegung hat während dessen gute Fortschritte gemacht und manche Erfolge errungen. Nur in einem Punkte will es nicht so voran gehen, wie es wohl im Interesse der Sache läge; es ist dies das Abonnement auf die

### „Rundschau“

deren Herausgabe auf dem Congresse beschlossen und von dem damit beauftragten Genossen Oldenburg ausgeführt wurde.

Die Beteiligte an diesem Unternehmen, welches durch und für die Gesamtpartei geschaffen ist, war von vornherein keine derartige, wie sie von den Delegirten des Congresses erwartet wurde. Sie mußte größer sein, um das Blatt zu einem solchen zu machen, damit es seine Aufgabe voll und ganz erfülle.

Und nicht einmal die erste schwache Auflage blieb; im Laufe der wenigen Monate ist eine ganze Reihe von Orten aus der Abonnementsliste verschwunden, und dort, wo das Blatt noch gehalten wird, sank die Zahl der Abonnenten vielfach auf die Hälfte, ja den dritten Theil des anfänglichen Bestandes. — Der Orte, welche der Wichtigkeit des Unternehmens angemessen für dasselbe eintreten, sind nur sehr wenige!

Das muß anders werden! Wird die Beteiligte keine bessere, macht es sich nicht jeder Genosse zur Pflicht, für das Parteiunternehmen einzutreten, so erfüllt es seinen propagandistischen Zweck nicht, und es ist dann allerdings besser, dasselbe fallen zu lassen.

Das Letztere aber für die sozialistische Bewegung von unbedeutendem Nachtheil sein würde, muß sich jeder Genosse selbst sagen. Bis jetzt hat die deutsche Sozialdemokratie noch Alles, was sie ins Leben gerufen, durchzuführen gewußt — es wäre dies der erste gegenheilige Fall!

Parteigenossen! laßt es deshalb Eure Pflicht sein, der „Rundschau“ eine der Bedeutung der Partei entsprechende Verbreitung zu geben; sorgt dafür, daß dort, wo sich kein Filial-Expedit des Blattes befindet, ein solcher aus Euren Kreisen bei dem Verlag der „Rundschau“ in Hamburg, Amelungstr. 5, angemeldet wird.

Bethätigt das Interesse für die Gesamtpartei durch Euer Theilnahme und es wird auch dies von allgemeinen Sozialisten-Congressen geschaffene Unternehmen seine Aufgabe erfüllen!

Das Central-Wahl-Comité der Sozialisten Deutschlands.  
J. A.: E. Derossi. J. Auer.

### Correspondenzen.

Altona, 26. Oktober. Eine von circa 2000 Personen besuchte Versammlung von Steuerzahlern, welche am letzten Dienstag in Koppelman's Salon abgehalten wurde behufs Besprechung wegen einer an die städtischen Collegien zu richtenden Petition, betreffend Erweiterung des communalen Wahlrechts, resp. Erlangung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, hat eine Resolution gefaßt, dahingehend, daß an die städtischen Collegien eine Petition zu richten, in welcher darum gebeten wird, daß das communale Wahlrecht in Altona nicht ferner von der Einrichtung eines jährlichen Klassensteuerjahres von 8 M. abhängig gemacht werde.

Osteroode a. M., 26. Oktober. Sonntag den 21. d. M. hatten wir einen herben Verlust zu beklagen, indem der Cigarrenarbeiter Ernst Klingenberger uns durch den Tod entzogen ward. Nicht allein die Arbeiter von Osteroode verlieren in ihm ein tüchtiges Glied in der Arbeiterbewegung, auch über Osteroode hinaus, ja fast über den ganzen Harz erstreckte sich seine unerwähnte Thätigkeit. Bei einer Agitationsreise nach Andreasberg während der Braunschweiger Cigarrenarbeiterkongresse 477 zog er sich eine Erkältung zu und hat am Sonntag nach 477zöchigem Krankenlager sein Leben beschloffen. Am Dienstag den 23. d. gaben ihm die Genossen das letzte Geleit unter Vorantragen der rothen Fahne und unter Musikbegleitung. Sein Andenken ist uns unvergänglich und wollen wir uns befehligen, den Samen, den er ausgestreut, zu pflanzen, daß aus ihm ein schöner Blüthenzweig am Baume der Arbeiterbewegung werde.

E. Berger.

Frankfurt, 19. Oktober. Der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins wohnte auch der Reichstagsabgeordnete Bebel bei, welcher sich zur Regelung von Privatangelegenheiten kurze Zeit hier aufhielt. Nach dem Vortrage Frohne's über „die Wissenschaft der politischen Oekonomie“ nahm Bebel, von der zahlreichen Versammlung laut und freudig begrüßt, das Wort, um über den Ausfall der Wahlen in Frankreich zu sprechen. Die konservative Strömung, welche daselbst sich geltend machte zu Ungunsten der Bourgeois-Republicaner, könne denjenigen nicht überraschen, welcher wisse, daß der Gegensatz zwischen Reaktion und Revolution immer vollkommener werde. Die Bourgeoisie werde mit der Zeit ganz auf Seiten der Reaktion gedrängt. Wie in Frankreich, so bemerke man das auch in Deutschland, auch hier vollziehe der Scheidungsprozeß sich sehr schnell. Es sei thöricht, in dem außerordentlichen Aufwande, welchen die Reaktion dann und wann mache, ein Zeugniß für deren innere Festigkeit zu sehen; in Wahrheit, je augenfälliger die Reaktion sich gebe, je sicherer dürfen wir sein, daß die Revolution Fortschritte macht. Redner schloß seine Ausführungen unter allgemeinem Beifall mit der Aufforderung an die Sozialisten, sie gemein, unbekümmert um das Gerede der Reaktion, ihre Pflicht thun; der Sozialdemokratie gehöre die Zukunft!

Halle. Kürzlich feierte unsere Liedertafel „Vassallen“ ihr zweites Stiftungsfest, welches durch seinen großartigen Verlauf sich zu einem wahren Volksfeste gestaltete. Die große Zahl der Besucher füllte die weiten Räume von „Freiberg's Garten“ bis auf den letzten Platz. Herr Redakteur Geiser aus Leipzig hielt die Festrede, welche die Anwesenden und besonders die Frauen mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten und am Schluß mit reichem Beifall belohnten. Die Herren Kanzelberg und Stüler erweiterten die Anwesenden durch wohlgeleitete Deklamationen, während die Liedertafel und die Kapelle unter Leitung ihres gemeinsamen Dirigenten Herrn Schäffler ihre Leistungen mit großer Präzision vortrugen. Das schöne Fest endete ein Ball, welcher die zahlreich Theilnehmenden bis zum frühen Morgen in ungehörtester Eintracht beisammenhielt. Alle verließen hochbefriedigt den Festort, wo Hunderten ein neuer Sporn zum treuen Zusammenhalten gegeben worden ist. Daß die hiesigen Sozialdemokraten bei dieser Gelegenheit ihren jederzeit mit Hohn und Spott bereiten Gegnern wieder Respekt abgerungen haben, beweisen die pöbelhaften Bemerkungen der „Saale-Zeitung“, die über den glänzenden Verlauf des Festes sich wohlweislich ausschweigt.

Leipzig, den 26. Oktober. Folgende Zusammenstellung des Stimmverhältnisses bei den jüngsten Landtagswahlen wird uns mitgetheilt. Was die Theilnahme an den Wahlen betrifft, so ließ sich nur aus 20 von den 29 Wahlkreisen Sachsens Gewinns darüber beibringen. In diesen 20 Wahlkreisen haben von 90,873 Stimmberechtigten nur 26,498 wirklich gestimmt; das ist 29,2 Proz. oder noch lange nicht ein Drittel. Von den abgegebenen Stimmen (in allen 29 Wahlkreisen) fielen auf conservative Kandidaten 15,891, liberale 8623, fortschrittliche 8763, sozialistische 4736 Stimmen. — Der Zuwachs an Stimmen, die Freitag bei der Nachwahl in 36 ländl. Wahlkreise erhalten hat, ist nicht mit eingerechnet. Zu bemerken ist, daß nur in sechs Kreisen sozialistische Kandidaten aufgestellt und in drei Wahlkreisen unsere Partei Anstrengungen gemacht hat, ihre Kandidaten durchzusetzen.

Oschau. Am 22. Oktober hatten wir eine Volksversammlung, deren guter Besuch deutlich zeigte, daß auch hier die Sozialdemokratie immer mehr und mehr an Boden gewinnt. Als Referent war Genosse Nawert aus Leipzig erschienen, welcher über die Tagesordnung: „Der deutsche Reichstag und die Sozialdemokratie“ einen gegnerischen Vortrag hielt, der allseitigen Beifall fand. Redner ging zunächst auf die Schilderung der Stellung der verschiedenen gegnerischen Parteien ein und kritisierte dieselben in scharfer Weise und wies nach, daß die Gegner ihren Wählern wohl allerlei Versprechungen machen, aber nach den Wahlen nicht halten; daß sehr man deutlich daran, daß die Gesetzentwürfe, welche von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebracht werden und welche die Förderung des Gemeinwohls im Auge haben, kaum die genügende Unterstützung erlangen können. Durch das feindselige Verhalten der gegnerischen Parteien lasse sich die Sozialdemokratie aber nicht abhalten in ihren Bestrebungen für das Beste des arbeitenden Volkes unbeirrt fortzufahren. Zum Schluß seines Vortrages forderte der Redner noch auf, die Arbeiterblätter und namentlich die „Vorwärts“ zu lesen. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Krohn, etwaige Gegner zur Gegenrede herausgefordert hatte, die Herausforderung aber wirkungslos blieb, wurde die Versammlung, welche für unsere Sache von großem Nutzen war, geschlossen.

Hamburg. Am Montag, den 22. d. Mts., hat eine Conferenz der hiesigen Gewerkschaftsbevollmächtigten stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, die resp. Vorstandsverwaltungen der Gewerkschaften aufzufordern, die von Herrn A. Kapell nach Gotha einberufene Conferenz zu bescheiden. Dasselbe soll jedoch 4 Wochen später, als ausgeschrieben, stattfinden. Die Bevollmächtigten der Gewerkschaften allerorts werden aufgefordert, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Bremerhaven, 20. Oktober. Anlässlich der von den hiesigen Schiffzimmermeistern angekündigten Lohnreduktion zum 1. November von 1 Mark pro Tag, fand vorgestern Abend, einberufen vom Vorstand des Schiffzimmererevereins, eine Versammlung im Lokale des Herrn Büßing, am Markt, statt. Dasselbe war sehr gut besucht. Zunächst ergriff der Schiffzimmerer Herr Aug. Rahl das Wort und entwarf ein Bild von der Lage der Schiffzimmerer, welche durch ihre genossenschaftliche Vereinigung in kurzer Zeit bereits große Erfolge aufzuweisen hätten. Sodann ging Redner zur Lohnfrage über und unterwarf das Vorgehen der Meister einer scharfen, aber gerechten Kritik. Vor Jahresfrist, beim Veranlassen des Winters, boten die Meister ihren Arbeitern eine Lohnreduktion von 75 Pfennig an, ohne jedoch der Einmüthigkeit der Schiffzimmerer gegenüber einen Erfolg zu erzielen. Heute sind dieselben noch dreifach geworden und wollen ihren Arbeitern statt 4 nur 3 Mark täglicher Lohn zahlen. Die Erfahrung, sagt der Redner, hat es uns gelehrt, daß Rücksichtnahme von Seiten der Meister gegen ihre Arbeiter nicht mehr Mode ist — wir müssen noch ganz anders auftreten und es gerade so machen, wie die Meister! Redner beantragt, gerade so wie im vorigen Winter die Sache zu behandeln, d. h. in Bezug auf die Höhe des Lohnes, während der Winterzeit, d. h. 1. November bis 15. Februar auf die möglichst niedrigste Reduktion von 25—50 Pfg. einzugehen. Hierauf stellte Herr Specht den Antrag, bei der Verhandlung mit den Meistern nur auf eine Lohnreduktion von 50 Pfg. pro Tag einzugehen. — Ueber die beiden gestellten Anträge von A. Rahl und Specht wurde verhandelt und schließlich der des Herrn Specht einstimmig angenommen. Bei der Debatte trat ein altes Mitglied des Schiffzimmererevereins, Rohlf, auf, welches die Angelegenheit nach beiden Seiten hin beleuchtete und auch den Schiffzimmerern bittere aber gerechte Vorwürfe ob ihrer Laune dem Verband gegenüber machte. Würden die Schiffzimmerer ohne Ausnahme ihren Verpflichtungen zum Verein nachzukommen sein, so hätten die Meister es nicht gewagt, ein solch unverhältnißmäßiges Anerbieten zu stellen. Die Versammlung, welche sehr gut besucht war, nahm den besten Verlauf. Der Vorstand des hiesigen Vereins, resp. die Mitglieder desselben werden den Herren Meistern den Beschluß der Versammlung unterbreiten, zur rechten Zeit

in einer zweiten allgemeinen öffentlichen Versammlung Bericht erstatten und wenn keine Einigung zu erzielen ist, den Strike, welcher schon organisiert ist, proklamieren. Die Herren Meister werden sich darob sehr verwundern, weil ihnen jedenfalls die günstigen Verhältnisse des Vereins unbekannt sind. Aber trotz einzelner berechtigter Wünsche der streikenden Mitglieder des Vereins wäre es sehr am Platze, daß alle Arbeiter an dessen Einigkeit und Organisation ein Beispiel sich nehmen möchten.

### Briefkasten

der Redaktion. D. in H.: Die Veröffentlichung Ihrer Correspondenz würde nicht einen, sondern mehrere Prozesse eintragen. der Expedition. H. Fbg. Diegnitz: Brief nebst Marken erhalten, im Laufe dieser Woche erhalten Sie das Gewünschte. Die erwarteten händl. d. Schr. der 1. Nr.

Quittung. Schneiderverein hier Ann. 1,50. Wdhren Crimmitzhan. Ab. 199,73. H. Schltr Dresden Schr. 25,00. Wdhren Steinach Ann. 2,10, Schr. 0,90. Schn Calbe Schr. 3,00.

### Fonds für Gemafregelte.

Von B. hier durch J. R. 0,50.

Anzeigen für die Mittwoch's-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag's-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag's-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Anzeigen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Betrag kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Leipzig. Donnerstag, den 1. November, Abends 1/9 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlstr. 7:

### Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag von B. Geiser.

Der Agent.

In einigen Tagen erscheint und ist durch alle Buchhandlungen und Colporteurs zu beziehen:

### Der Kampf wider die Sozialdemokratie und die deutsche Fortschrittspartei.

Ein feyerliches Botum.

Von J. G. Findel.

ca. 2 Bogen broch. Preis 0,50 Pf.

Die Schrift wendet sich gegen die Heilmittel der sog. „Ordnungspartei“ und vertritt die Ansicht, daß die deutsche Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie gegenüber der andringenden Reaktion auf einander angewiesen sind.

Ferner erscheint demnächst: [5,70] Spir. A., Moralität und Religion. 2. vermehrte und verbesserte Auflage. broch. M. 2,50.

Beit. der Bedeutung des Philosophen Epicur verweise ich auf die Citate in Schäffler's „Bau des sozialen Körpers“ u. Leipzig. J. G. Findel.

### Für Lokal- u. Gewerkschafts-Bereine jeder Art passend sind praktisch eingerichtete Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1—2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pf.; darüber 50 Pf. Bestellungen sind zu machen bei A. Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Soeben erschien in neuer Auflage und ist durch uns zu beziehen:

### Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wuppertals in Elberfeld-Barmen

von Joseph Dieken.

Preis 10 Pf.

Die Expedition des „Vorwärts“.

### „Der arme Conrad.“

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878. (Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark). Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender gehftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuschreiben, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzulenden, wofür wir es franco per Kreuzband zu senden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Drei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Duzend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück netto gegen baar. gebunden 40 „ „

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II. Expedition der „Fackel“, Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

### Sozialistisches Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comité's finden jeden Dienstag und Freitag Vormittags statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre J. Auer oder E. Derossi, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg. Geldsendungen sind zu richten an August Geib, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

### Neue Welt

Heft 2 Jahrgang III. (mit dem 1. Oktober a. o. beginnend)

ist versandfertig und wird nur auf ausdrückliche Bestellung geliefert. Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben. Leipzig, den 27. Oktober 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt“, Färberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Neubnig-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.